

Zürich

Sicherheit über alles

In New York hat der Prozess gegen den berüchtigten mexikanischen Drogenboss Joaquín «El Chapo» Guzmán begonnen. **SEITE 28**

Verfassung geht vor

Am 25. November kommt die Selbstbestimmungsinitiative vors Volk. Initiator Hans-Ueli Vogt im Interview. **SEITE 18**



Nach einem Protestmarsch durch die Innenstadt nahmen die Demonstranten die Bahnhofbrücke in Beschlag.

Foto: Reto Oeschger

Kein Geld vom Bund

URTEIL Das Museum für Gestaltung in Zürich ist vor dem Bundesverwaltungsgericht mit einer Beschwerde gegen den abschlägigen Bescheid des Bundesamts für Kultur (BAK) hinsichtlich Finanzhilfen für die Jahre 2018 bis 2022 abgeblitzt. Das Gericht hält fest, dass die Bemessungskriterien korrekt angewendet wurden.

Das Museum für Gestaltung hatte im März 2017 ein Gesuch um Finanzhilfen an die Betriebskosten von 500 000 Franken pro Förderjahr und somit total 2,5 Millionen Franken gestellt.

Neu mit Ausschreibung

Das BAK vollzog per 2018 einen Systemwechsel. Davor unterstützte es sieben Museen mit jährlichen Beiträgen. Neu wurden die Betriebsbeiträge gestützt auf eine öffentliche Ausschreibung vergeben.

Massgebende Kriterien sind eine gesamtschweizerische Ausstrahlung, eine einzigartige Sammlung von hohem kulturellem Wert und eine innovative Vermittlungsarbeit. Neu erhalten 13 Institutionen einen Beitrag vom BAK. *sda*

Stocki, Streik und Trillerpfeifen

DEMONSTRATION Gegen 2000 Bauarbeiter haben gestern die Zürcher Bahnhofbrücke besetzt und den Verkehr lahmgelegt. Sie protestierten für das Rentenalter 60 und mehr Lohn.

Vor der Bahnhofbrücke steht der Demonstrationszug plötzlich still. Ein Unia-Sprecher ruft durchs Mikrofon: «Wir haben diese Brücke gebaut. Deshalb essen wir hier Zmittag.» Und wirklich, die Brücke zwischen HB und Central ist schon mit Festbänken und -tischen verstellt. Die Trillerpfeifen verstummten. Helfer schöpfen Kartoffelstock und Geschnetzeltes. Da und dort werden mitgebrachte Weinflaschen und Bierdosen geöffnet.

Autos und Velofahrer müssen den Bereich umfahren. Im öffentlichen Verkehr kommt es zu grösseren Verzögerungen. Schaulustige bleiben verwundert stehen und fotografieren den Bauarbei-

ter-Zmittag. Manche Passanten machen ihrem Ärger über das Chaos Luft. Laut der Stadtpolizei Zürich bleibt es friedlich.

500 oder 4000?

Gegen 2000 Bauarbeiter protestieren für das Rentenalter 60 und mehr Lohn (siehe Kasten). Die Gewerkschaft Unia spricht von 4000 Beteiligten, darunter viele, die aus der Westschweiz, dem Tessin und der übrigen Deutschschweiz angereist sind. Ganz anders stuft der Baumeisterverband Zürich-Schaffhausen den Aufmarsch ein. Geschäftsführer Markus Hungerbühler hat nicht mehr als 500 Demonstranten gezählt. «Ich war vor Ort», sagt er.

Unterschiedlich sind auch die Angaben zu den Baustellen, die bestreikt wurden. Laut Unia waren es fast alle in Zürich, gemäss Hungerbühler ein paar wenige. Bestätigt ist, dass auf der Baustelle beim Gubristtunnel kein Pickel angerührt wurde. Auch bei der Kunsthausextension und beim Polizei- und Justizzentrum soll die Arbeit niedergelegt worden sein.

170 Franken für Streikende

Gemäss Hungerbühler sind die Bauarbeiter an die Friedenspflicht gebunden, dürften also gar nicht streiken. Hinzu komme, dass sie mit unsauberen Mitteln geködert worden seien. Tatsächlich waren Zettel im Umlauf, wonach Protestteilnehmern 170 Franken versprochen werden: als «Lohnausfall».

Unia-Sprecher Nico Lutz sagt dazu: «Es stimmt. Wer wegen des Streiks keinen Lohn erhält, bekommt von uns 170 Franken. Das ist eine gewerkschaftliche Leistung.» Er widerspricht allerdings Hungerbühlers Aussage, wonach nur 500 Demonstranten teilgenommen hätten. «Ich glaube, Herr Hungerbühler braucht eine Brille. Die Essensportionen für 3500 Leute waren im Nu weg. Und ich bezweifle, dass jeder zweimal geschöpft hat.»

Um 14.15 Uhr werden Tische und Bänke zusammengeräumt, die Brücke wieder freigegeben. Die Protestierenden, die sich am Morgen beim Kanzlei-Areal versammelt hatten und dann via Rudolf-Brun-Brücke zum Central gezogen sind, machen sich auf zum Sitz des Baumeisterverbandes. Dort löst sich nach einer

weiteren Kundgebung die Demonstration um 15.30 Uhr auf.

Am Freitag wird verhandelt

Vor dem Protest in Zürich gingen in der Westschweiz und dem Tessin Tausende Bauarbeiter auf die Strasse. «Es ist damit die grösste Mobilisierung seit 2002, als sie für das Rentenalter 60 kämpften», sagt Lutz. «Dass ein Fünftel aller Bauarbeiter mitmacht, zeigt, wie entschlossen sie sind, sich gegen den Kahlschlag im Landesmantelvertrag zu wehren.»

Übermorgen ist der 18. Verhandlungstag geplant. Kommt es bis Ende Jahr zu keiner Einigung, ist davon auszugehen, dass die meisten Baufirmen die aktuellen Arbeitsbedingungen beibehalten werden – bis sich Baumeister und Gewerkschaften vielleicht doch noch finden. *Heinz Zürcher*

ZÄHE VERHANDLUNGEN

Rente mit 60 Jahren und 150 Franken mehr Lohn – dafür mehr Überstunden

Weshalb sich Gewerkschaften und Baumeister noch nicht einig geworden sind.

Streitpunkt ist der neue Landesmantelvertrag für das Bauhauptgewerbe. Der aktuelle gilt seit Anfang 2016. Er läuft Ende Jahr aus und soll um drei Jahre verlängert werden. Inhaltlich sind die Parteien auch nach 17 Verhandlungsrunden noch nicht zu einer Lösung gekommen. Die Bauarbeiter verlangen mehr Lohn und dass sie sich weiterhin mit 60 Jahren pensionieren lassen können.

Ursprünglich pochten die Arbeitgeber darauf, das Rentenalter auf 62 zu erhöhen oder andernfalls die Renten um ein Drittel zu kürzen. Der Forderung der Arbeitnehmenden ist

der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) so weit nachgekommen. Allerdings nur unter folgender Bedingung: Die Renten werden um 5 Prozent gekürzt, und der Arbeitnehmeranteil wird von 1,5 auf 2 Lohnprozente erhöht (der Arbeitgeberanteil bleibt unverändert bei 5,5 Prozent).

Der SBV zeigt sich auch bereit, den Lohn um monatlich 150 Franken zu erhöhen. Im Gegenzug verlangt er aber, dass das Jahresarbeitszeitmodell gelockert wird, damit Bauunternehmen ihr Personal flexibler einsetzen können: mehr während der strengen Sommermonate und weniger im kalten und nassen Winter. Statt wie bisher maximal 100 Überstunden sollen die Angestellten künftig bis

zu 200 Überstunden leisten müssen. Die Überzeit soll primär kompensiert oder alternativ mit einem Zuschlag von 25 Prozent pro Überstunde entschädigt werden. Der Ausgleich der Stunden würde neu bis Ende Juni des Folgejahres möglich sein.

Den Gewerkschaften geht das zu weit. Schon heute dauerten die Arbeitstage im Sommer teilweise zwölf Stunden lang, argumentieren sie. Das sei unfair und gesundheitsschädigend.

Längere Probezeit

Weiter wehren sich Unia und Syna gegen die Anpassung der Beschäftigungsdauer für Praktikanten und branchenfremde Arbeitnehmende. Diese haben heute nach zwei Monaten

Anspruch auf den Mindestlohn von 4500 Franken (ohne Lehre – mit Lehre sind es 5000 Franken). Der SBV will diese «Probezeit» auf vier Monate verlängern. Das sei nötig, um sicherzugehen, dass beispielsweise Studenten, Lehrabbrecher oder Flüchtlinge überhaupt fähig seien für die Tätigkeit auf dem Bau, sagt SBV-Sprecher Matthias Engel. Wichtig sei das vor allem auf komplexen Baustellen.

Aus Sicht der Gewerkschaften schwächt diese Massnahme die Stellung der Praktikanten und fördert Lohndumping. Sie befürchten, dass damit noch mehr billige Arbeitskräfte aus dem Ausland angelockt werden. Diese benötigen für die ersten drei Monate keine Bewilligung. *Heinz Zürcher*

Jositsch tritt erneut an

WAHLEN Der Zürcher SP-Ständerat Daniel Jositsch will bei den eidgenössischen Wahlen im Herbst 2019 erneut für den Ständerat antreten. Jositsch war vor drei Jahren ins Stöckli gewählt worden.

Auch in der kommenden Legislatur wolle sich Jositsch dafür einsetzen, dass der Kanton Zürich als Standort für Unternehmen, als Arbeitsplatz und als Wohnort für die Zürcherinnen und Zürcher erstklassig bleibe, teilte die SP Kanton Zürich gestern mit. Als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei und als Präsident des Kaufmännischen Verbandes wisse Jositsch, dass der Kanton Zürich als Wirtschaftsstandort nur stark sein könne, wenn die Interessen aller Sozialpartner gewahrt seien. Die Nominationsversammlung findet im Mai 2019 statt.

Der zweite Zürcher Vertreter im Stöckli ist Ruedi Noser (FDP). Noser war wie Jositsch 2015 gewählt worden, allerdings erst im zweiten Wahlgang. Auch Noser will 2019 erneut antreten. *sda*

«Seit 2002 ist es die grösste Mobilisierung.»

Nico Lutz,
Unia

ANZEIGE

Mehr als eine Zeitung.



Alle Möglichkeiten nutzen – gedruckt oder digital.
digital.zuonline.ch